

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vorkauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsänderung usw. ersicht jeder Anspruch auf Vierzugung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig Umrahmung, Späterer und tabellarischer Satz mit Zuschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 72.

Dienstag, den 17. Juni 1930.

33. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Weltmarktkonferenz ist mit einer Ansprache des Reichstanzlers eröffnet worden. Reichspräsident von Hindenburg sandte an die Konferenz eine Botschaft.

* Der Reichstag ist am Montag wieder zu einer Volltagung zusammengetreten. In dieser Session des Reichstages sollen vor allem der Etat 1930 und die neuen Steuererlasse verhandelt werden.

* Der deutsche Ausfuhrüberschlag betrug im Mai 265,5 Millionen Mark gegen 87,3 Millionen Mark im April.

Einheitsstaat oder Föderalismus?

Wiederzusammentritt der Reichsvertretung.

Berlin, 16. Juni.

Der Reichstag nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf. Von den zu erwartenden morgigen Sitzungen merkte man allerdings in dieser ersten Sitzung nach den Pünktlichkeiten noch nichts. Der Saal war zu Beginn der Sitzung abnehmend leer und auch im Verlaufe blieb der Besuch außerordentlich schwach. Eigentlich hätte zuerst der Etat des Reichsarbeitsministeriums in zweiter Lesung weiterverhandelt werden sollen. Man beschloß jedoch, diesen Etat vorläufig zurückzustellen. Der Grund dazu liegt in der Tatsache, daß man erst den Verlauf der Verhandlungen hinter den Kulissen und in den Ausschüssen über das Arbeitslosenproblem abwarten will. Man begann deshalb mit dem Etat des Reichsministeriums des Innern, den der Reichsminister vor Beginn der eigentlichen Erörterungen nicht etwa mit einer Erklärung über die schwachen innenpolitischen Prospekt einleitete, sondern mit einem Überblick über die Todesfälle bei den Säuglingen in Lübeck durch Anwendung des Galmereischen Tuberkulosemittels. Was der Minister vortrug, war nichts Neues. Das einzige Interessante war das Einzelkind, daß doch bei den Lübecker Ärzten, die das Verfahren anwandten, einige grobe Unterlassungsfehler vorgekommen sein müssen.

Dann begann Abg. Söllmann den Reigen der eigentlichen Diskussionsreden, der sehr ausführlich und sehr tempoarm voll sich auch mit dem Konflikt zwischen dem Reichsministerium und dem thüringischen Innenminister Friedrich beschäftigt. Auch der deutendationale Abg. Spahn beschäftigte sich mit der thüringischen Angelegenheit, er jedoch von der anderen Seite aus betrachtete. Söllmann für ein noch schärferes Durchgreifen der Reichsregierung eintraten war, war vom deutendationalen Abgeordneten der Minister schon viel zu weit gegangen und er warf ihm vor, daß er die Schlichtepolitik seines Vorgängers nur fortgesetzt habe.

Sitzungsbericht

176. Sitzung. Berlin, 16. Juni.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern. Vor Eintritt in die Beratung gab Reichsminister Dr. Wirth zu den

Ausführlichen Einberufungen eine Erklärung ab, in der er den betroffenen Familien das tiefe Mitleid der Reichsregierung ausdrückte. Bedauerlich sei es, daß die Zahl der Todesopfer sich inzwischen auf 39 erhöht habe. Ein abschließendes Urteil über die ganze Fragestellung habe ihn bisher noch nicht bilden lassen. Es handelte sich nach wie vor darum, festzustellen, inwieweit in Lübeck mit der Vorbereitung und Durchführung der Tuberkulosebehandlung betraute Stellen irrtümlich, ungewandtheit oder festerhaft vorgegangen waren. Diese Feststellung könne nur der Staat selbst von sich aus treffen. Bis zur Erzielung dieser Untersuchungen müsse auch das Reich von weiteren Schritten absehen. Man rechne damit, daß noch Wochen vergehen werden, bis die rein wissenschaftlich zu führenden Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt nach endgültiger Festlegung der Lübecker Vorgänge so weit geschritten sind, daß man vom Reich aus Schritte unternehmen könne. Sobald die endgültigen Ergebnisse vorliegen, werde sich das Reichgesundheitsamt einmündend mit der ganzen Angelegenheit befassen. Davor könne es dann ab, welche praktischen Schutzmaßnahmen von Seiten der Reichsregierung zu ziehen seien werden. Der Minister wies dann darauf hin, daß er familiären Ländererregungen empfohlen habe, von der Anwendung des Galmere-Verfahrens bis zur völligen Klärung ganz allgemein abzusehen.

Abg. Söllmann (Soz.) begründete zunächst den Verzicht für das Deutschtum im Ausland zu seinem Jubiläum. Er wandte sich dann gegen die vom Ausschuss angenommene Entschädigung gegen den Kaufhofbesitzer. Die Sozialdemokratie lehne eine Kulturdiplomatur der dringlich-orthodoxen Welt ebenso ab wie die von den Kommunisten erforderte atheistische Diktatur. Für eine Abschaffung des Verhältniswahlrechts werde es die notwendige Mehrheit im Reichstag nicht geben. Eine Verringerung der Abgeordnetenanzahl lehne die Sozialdemokratie ab. Als dringlich bezeichnete der Redner die Reichsreform. In diesen Zusammenhang erwähnte er auch den Konflikt des Reiches mit Thüringen. Wir müssen uns frei machen von dem politischen Erbschaftsvertrag von rechts und links.

Abg. Dr. Spahn (Dm.) kritisierte das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung und gegen den westdeutschen Stahlhelm. Minister Wirth setzte die Schlichte-

politik seines Vorgängers fort. Die dringend notwendige Lösung der Verfallungsfrage werde weder von Minister noch vom Reichstag in richtiger Weise angepaßt. Vom Bund zur Erneuerung des Reiches werde ebenfalls ein brauchbarer Lösungsvorschlag gemacht wie von der Länderkonferenz.

Das föderalistische Prinzip müsse aufrechterhalten bleiben. Mit diesem Prinzip sei aber das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung nicht vereinbar. Die Staatsregierung, so fährt der Redner fort, in der der Innenminister die deutsche Jugend erregen wollen will, ist die Gesinnung der liberal-demokratischen Republik. Darum komme er zur Verurteilung der nationalen Gesinnung Andersdenkender. Bei rein trotz mancher Gegenfälle auf anderem Gebiete einig mit den Nationalsozialisten in der Ablehnung dieser Regierungsauffassung.

Reichsminister Dr. Wirth erwiderte, ihm liege nicht fern, als mit schändlichen Maßnahmen der Opposition entgegenzutreten. Das gesehe auch für das Stahleinverbot im Westen.

Er habe dabei nur die Befriedigung fortgeführt, die schon von dem früheren Reichstanzler Müller und dem preussischen Ministerpräsidenten eingeleitet worden waren. Der preussische Ministerpräsident habe sich zum Empfang der Führer des Stahlhelms bereit erklärt. Die Serren seien aber noch nicht zu ihm gekommen.

Die Behandlung der Schulgebührenfrage durch die thüringische Regierung habe auch in Kreisen der evangelischen Theologen viel Widerspruch gefunden. Auch der verlorbene Gelehrte von Santas habe sich dagegen gewandt. Es gehe gegen Sinn und Geist der Verfassung und des deutschen Volkstums, daß Gebote anempfohlen werden, die geeignet seien, Gruppen von Volksgenossen zu verlegen. Auch im Zentrum gebe es nur eine einmündige Beurteilung der thüringischen Schulgebote.

Das Kabinett für Moldenhauers Programm.

Das Ergebnis der Kabinettsitzung.

Amtlich wird über die Kabinettsitzung vom Freitag mitgeteilt: Bei Beginn der Sitzung sprach Reichstanzler Brüning dem anwesenden Reichsbanpräsidenten Dr. Luthering den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluss der auf Grund des Haager Abkommens gestellten Arbeiten geführt haben. Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsitzung formulierte Begründung der Deckungsvorlage vor, der das Reichskabinett einstimmig zustimmte.

Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Öffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Regierung einzufügen. Für diese Politik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen notwendig. Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression.

Die Reichsregierung ist der festen Überzeugung, daß durch ihre Maßnahmen die Arbeitslosigkeit, obwohl sie z. T. durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, in erheblichem Umfang gemindert werden kann.

Zu diesem Zweck ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt worden, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost sowie in einer starken Förderung des Bauwesens besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und Schiffahrt zwingen dazu, Arbeit zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern. Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausführung der nötigen Schritte ist die unverzügliche

Streckung und Erhaltung des Gleichgewichts im Haushalt. Überwunden werden können jedoch diese Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und -preise herabzusetzen und so zu einem generellen niedrigen Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die tätige Mitarbeit der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchen Vorgehen ihre Eigenhilfe nicht verweigern, wo sie durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für die Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Löhne.

Das Reichskabinett verabschiedete unter diesen Gesichtspunkten ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden. In diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die die Mißverhältnisse in den Personalausgaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Kabinett beschäftigte sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungskostenreduzierungen und Ersparnisse getroffen hat. Auf seinen Vorschlag sollen diese gesetzgeberischen Maßnahmen in einem größeren Umfang in den Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses von dem Länderkongress festgelegt werden soll. Das Kabinett kam in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen Plan und in gemeinschaftlicher Arbeit eine

durchgreifende Ersparnis- und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann. Das Kabinett beschloß, die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten und für die Dauer des Etatsjahres von der Befehung freizubehalten Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Verwaltung

Auftrag zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft möglichen, Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gemeinsamen Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 Prozent der den Reichsministerien zu repräsentationszwecken zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten. Diese vorgesehenen, umfassenden Reformen können aber ausreichende Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen.

Die Reichsregierung hält fest an der Notwendigkeit der fortwährenden Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung. Das Kabinett ist sich schloßig geworden, dem Reichstag Abstriche im Reichsetat in einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalstellen, vorübergegangen wird. Für diese Ersparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als die vom Reichskabinett beschlossene Reichsliste für Selbstbediente. Auch die in geordneter Veranschlagung befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden. Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Aufschlag zur Einkommenssteuer, würden dem Gedanten des Freiabbaus entgegen, ebenso der Wahrung der Arbeitslosigkeit. Die Reichsregierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält.

Finanzfragen in Preußen.

Preussischer Landtag.

(169. Sitzung.)

17. Juni.

Der Preussische Landtag trat am Montag zu seiner ersten Sitzung nach der Pünktigkeit zusammen. Bei der ersten Beratung des

preussischen Finanzausgleichsgesetzes beharrte Abg. Szilant (Soz.), daß es noch immer nicht gelungen sei, den Preußen schädigenden § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes zu ändern.

Abg. Rechen (Dm.) wies auf die starke Abhängigkeit der preussischen Finanzen vom Reich hin und unterzog die Reichsfinanzpolitik einer scharfen Kritik. Das Unpopuläre lehnte der Redner ab, weil es nur eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung belaste.

Abg. Böhmig (Ztr.) leitete schärfende Betrachtungen über die Finanzpolitik ab. Jetzt müsse es auf den Wiedereinbau ein. Bezüglich der Deckungsvorlagen der Reichsregierung sollte man, anstatt unfruchtbarer Kritik zu üben, ernsthafte Verbesserungsvorschläge machen. Man dürfe nicht verfallen, daß mit den Deckungsvorlagen das E-Programm und die

Hilfe für die Landwirtschaft ermöglicht werden sollen. Der Redner beharrte es, daß der endgültige Reichsfinanzgleich immer noch nicht möglich sei.

Abg. Schwent (Komm.) erklärte, die Vorlage werde zu einer weiteren Verschärfung der Lebenshaltung der Beteiligten führen.

Abg. von Emmer (D. Wp.) erklärte,

die Vorlage auf dem Lande

sei so groß, daß man dort vielfach nicht wisse, wie man das Schindeln aufrechterhalten soll. Der Ansehliche, den die Regierung bezüglich der Schulden vorlege, sei nur ein Scheinbarer. Die Volkspartei lehne dem Entwurf kritisch gegenüber, wenn sie auch im Ausschuss mitarbeiten wird.

Abg. Zall (Dm.) erklärte, die Verhältnisse im Reich seien schuld, wenn man in Preußen nicht zu einem verteidigten Reichsfinanzgleich komme, nicht die Regierung und die Regierungsparteien.

Das Notopfer undurchführbar.

Waldenbauer sagt ab.

Im Reichstag gab es am Montag eine kleine Session. Die in Aussicht genommene Sitzung des Reichshausparlamentarischen Ausschusses, in der Reichsfinanzminister Dr. Wobbenauer die von der Regierung beschlossenen neuen Steuererhöhungen begründen wollte, wurde bis auf weiteres abgelehnt. Es scheinen starke Kräfte am Werke zu sein, die darauf hinarbeiten, die von der Regierung beschlossenen Steuern, vor allem das Notopfer in seiner jetzigen Form umzugestalten. In parlamentarischen Kreisen wird übrigens der Vorschlag erörtert, das Notopfer fallen zu lassen und dafür eine allgemeine Kürzung des Etats um 5 Prozent zu beantragen.

Es scheint im übrigen ausgeschlossen, daß die Regierung Brünning das von ihr beschlossene Notopfer im Reichstag bewilligt erhält. Die demokratische Reichsfraktion hat als erste der Regierungsparteien eine Entschiedenheit gefaßt, in der sie das Finanzprogramm scharf kritisiert, eine ausführliche Beratung des Reichstages über die Reichsfinanzen ohne Rücksicht auf die Reichstagsferien fordert und das Notopfer ablehnt. Mit diesem demokratischen Beschluß hat die Regierung Brünning schon jetzt überhaupt keine Aussicht mehr auf eine Mehrheit für ihre Bedingungslosigkeiten.

Steigerung der deutschen Ausfuhr um 119,8 Millionen Mark.

Der deutsche Außenhandel im Mai 1930.

Der Wert der Einfuhr im deutschen Außenhandel beträgt im reinen Warenverkehr im Mai 831 Millionen Mark gegen 889,4 Millionen Mark im April, der Wert der Ausfuhr 1086,5 gegen 976,7. Die Einfuhr hat sich daher um 86,4 Millionen Mark verringert, die Ausfuhr um 119,8 Millionen Mark gesteigert. Im ganzen beträgt der Ausfuhrüberschuß im Mai 265,5 Millionen Mark gegen 87,3 im April.

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig die Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr als Folge der internationalen Preisentwicklung weiter zurückgegangen sind. Unter dieser Berücksichtigung ergibt sich für die Rohstoffeinfuhr sogar eine leichte Steigerung, und eine Erhöhung der Ausfuhr um 130 Millionen, gemessen an den Vormonatpreisen.

Der Rückgang der Einfuhr entfällt in der Hauptsache auf verminderte Getreide- und Rohstoffeinfuhr. Zu der Steigerung der Ausfuhr hat hauptsächlich der vermehrte Export von Fertigwaren, Maschinen und Halbzeugen einen Beitrag geleistet. Der Anteil der Reparationslieferungen an der Ausfuhr beträgt 78,8 gegen 51 Millionen Mark im April.

Dreifache Ueberzeichnung der Young-Anleihe in Deutschland.

Starke Repartierungen.

Nach dem vorliegenden Ergebnis der Zeichnungen auf die Internationale 5-prozentige Anleihe des Deutschen Reiches 1930, Deutsche Ausgabe, ist der aufgelegte Betrag von 36 Millionen Mark erheblich überzeichnet worden. Die Gesamtsumme der Zeichnungen beträgt nach den bisherigen Feststellungen etwa 98 Millionen Mark. Es muß deshalb eine Kürzung der gemachten Beträge stattfinden. Die Bezahlung der zugeteilten Beträge durch die Zeichner hat nach den Zeichnungsbedingungen betamlich in der Zeit vom 16. bis 25. Juni zu erfolgen.

Das Ende des Dawes-Plans.

Barter Gilberts Schlussbericht.

Das Bureau des Generalagenten für die Reparationszahlungen verfaßt den Schlussbericht Barter Gilberts. Der Reparationsagent stellt fest, daß die Reparationen vollständig bezahlt und transferiert worden sind und die Einräumung der Sachverhältnisse erfüllt, wenn nicht übertritten worden seien.

Barter Gilbert schließt seinen ausführlichen Bericht nach einer scharfen Kritik der deutschen Finanzpolitik der vergangenen fünf Jahre, insbesondere des Haushalts 1930/31, mit dem Hinweis, der neue Plan sei ein Akt des Vertrauens auf den guten Willen Deutschlands, Deutschland habe jetzt eine klare Aufgabe, ohne fremde Aussicht und ohne den Transferenz des Dawes-Plans zu erfüllen.

Zariserhöhung bei der Reichsbahn.

Auch Gehalts- und Lohnentlohnungen.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat beschloffen, bei der Reichsregierung einen neuen Antrag auf Erhöhung der Personalarie zum Herbst zu stellen. Die Erhöhung soll eine Verringerung von 45 Millionen jährlich bringen, was würde eine Erhöhung um etwa drei Prozent bedeuten. Die Reichsbahn rechnet damit, daß die Erhöhung am 1. September in Kraft treten kann. Der Haupterforderlich würde also nicht mehr betreffen werden.

Neben der Erhöhung der Tarife plant die Reichsbahn-Gesellschaft, wie verlautet, auch eine Herabsetzung der Beamtenegehälter und Arbeiterlöhne. In welchem Umfang diese Herabsetzung erfolgen wird, ist noch nicht bekannt.

„Ein gültiger Wohltäter.“

Erzweierfeier für Adolf von Sarnad.

Im Sarnad-Haus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft in Berlin-Dahlem fand die Erzweierfeier für Adolf v. Sarnad statt. Den Dank der Reichsregierung und einen Gruß des Reichspräsidenten für die Hingeblichkeit von Sarnad übermittelte Reichsinnenminister Dr. Brüning. Er nannte von Sarnad den gültigen Wohltäter, der der Reichsregierung zu jeder Zeit mit Rat zur Verfügung gestanden habe. Für die preussische Staatsregierung fand Außenminister Göttinge warme Worte.

Selbstame „Reklame“.

„Patriotische Apfelfinnen.“

Im Preussischen Landtag lag folgende kleine Anfrage Dr. Christian D. Wp) eingegangen:

Nach einer Meldung der Waisenfürsorge Bauernzeitung wurden in letzter Zeit in Södin a. Rh. Apfelfinnen öffentlich geißelt, auf deren Seitenpapierunterstützung die allertierlichen Heerführer Joffe, Frensch und Yennan in ihren Landesfarben im Bild gezeichnet, erschienen. Die Unterschrift unter den Bildern lautete: Gloire aux héros alliés. (Zum Ruhme der alliierten Helden.)

Die Überführung des deutschen Nahrungsmittelmarktes mit Süßfrüchten ist an sich bedauerlich und abzulehnen; daß man aber seitens der deutschen Zollbehörden eine fremde Reklame nach Deutschland hineinläßt, die geeignet ist, deutsches Nationalgefühl zu verletzen, muß unter allen Umständen vermieden werden.

Zu fragen: Ist das Staatsministerium bereit, beim Reich Mahregeln zu beantragen, welche die Wiederholung des unwürdigen Vorganges unmöglich machen?

Der Proseß des Deutschen Beamteneubundes.

Ausdeutung in Berliner Sportpalast.

Im Berliner Sportpalast fand eine Ausdeutung des Deutschen Beamteneubundes statt. Nach Ausführungen des Bundesvorsitzenden Hagemel und des Generalsekretärs wurde eine Entschiedenheit gegen die von der Regierung im Ausgabenentwurfgesetz, im Ehegesetz und im Dekretionsprogramm geplanten Maßnahmen angenommen, die eine Schädigung der Beamten, zum Teil nur möglich unter Umgehung der Verfassung, darstellen und das Vertrauen der Beamtenschaft zum demokratischen Vorkriegsamt untergraben.

100prozentige Gehaltssteigerung für Berufsangehörige. In der Anhörungssitzung des Verbandsbeamteneubundes, verbunden mit Vorschlag der Verbandsvorsitzende, Reichsstaatssekretär Hagemel, auf die Beamteneinführung ein, wobei er kritisch an der Aufstellung des Gesetzes in der Praxis über die Beamten die Verantwortung zu übertragen. Die Arbeitslosenversicherung setzen wollen, so würde dies freudig begrüßt werden. Der Vorstand des Verbandes der Verbandsbeamteneubundes Deutschland habe seine Angehörigen gebeten, auf die Beamten der Beamtenliste vorläufig zu verzichten, und kein Angehöriger des Verbandes werde sich diesem Wunsch verweigern.

Eröffnung der Weltkraftkonferenz.

Ansprache des Reichsstaatssekretärs, Vorkriegsamt des Reichspräsidenten.

Die zweite Weltkraftkonferenz ist in Berlin eröffnet worden. Dr. Müller wies in seiner Eröffnungsansprache, die er an die Teilnehmer von 48 verschiedenen Ländern richtete, auf die gewaltigen Fortschritte der Energiegewinnung und Energieverteilung hin.

Als er zum ersten Male nach Mexiko gekommen sei, habe er auf der amerikanischen Seite des Niagara Falls eine Wasserfallanlage von ein paar hundert Pferdestärken gesehen. Heute seien dort ungeheure Werke, in denen eine einzige Turbine 100.000 Pferdestärken leistet. Die ersten Elektrizitätswerke, die in Berlin gebaut wurden, konnten den Strom bis zu höchstens 500 Metern leiten. Heute würden nicht nur die größten Städte von einer Zentrale versorgt, sondern ganze Provinzen und Länder. Wenn die Ingenieure aus allen Teilen der Welt nicht nur gemeinsam beraten, sondern auch gemeinsam arbeiten und schaffen werden, werde es ihnen möglich sein, Energiequellen zu bekommen von den höchsten Spitzen der Berge bis zu den tiefsten Schächten. Sache der Finanzleute, der Politiker und der Behörden werde es sein, das, was der Ingenieur beschafft hat, so zu verteilen, daß es allen Menschen zugute kommt.

Im Anschluß an diese Ansprache begrüßte Reichsstaatssekretär Dr. Brüning die Teilnehmer im Namen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung. Er führte dabei u. a. aus: „Sie haben es unternommen, die Menschheit in bisher ungekanntem Ausmaß möglichst wohlfeil und möglichst frühzeitig mit Wasserkraft zu versorgen. Licht und Wärme zu erzeugen. Ihre Fortschritte zeigen der Volkswirtschaft und dem Staatsmann Wege zur Entlastung der Produktionskosten.“

Je mehr Sie in allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens zunächst die Nachfrage nach menschlicher Muskelkraft verringern, desto dringender wird die Aufgabe für die freigesetzten Arbeitskräfte, neue Wirkungsmitteleinheiten zu schaffen. Und wenn von dieser Konferenz gerade auf diesem Gebiet wichtige Anregungen ausgehen werden, so wird sie des Dankes der von Entlastung bedrohten Gewerkschaften, der Arbeiterkassen aller Länder und der politischen und wirtschaftlichen Führer, die mit der Verantwortung für das allgemeine Wohl beauftragt sind, würdig sein.“

Der Reichsstaatssekretär verlas darauf eine Botschaft des Reichspräsidenten an die Weltkraftkonferenz, in der es u. a. heißt: „Als ein Vorkämpfer der Technik ist die Weltkraftkonferenz bei ihrer Gründung begründet worden. Nichts ist in der Tat geeigneter, die Völker zu verbinden, als gemeinsames Bemühen dieser Art um das allgemeine Wohl. Es ist mir daher eine besondere Freude, als Grenzprotektor dieser zweiten Weltkraftkonferenz Sie hier zu begrüßen. Deutschland weist Sie an den Säulen seiner harten Wiederherbauarbeit herzlich willkommen und will Ihnen Ehrerbietung entgegen bringen, was Rat und Kraft ihm an Schönheit gegeben haben.“

Im Namen der Stadt Berlin sprach dann Bürgermeister Scholz. Er schloß sich an Neben von Reichsstaatssekretär, Reichspräsident, Reichspräsident, Polen und Standartenführer, Ferner überbrachten Vertreter der Kontinente ihre besten Wünsche: Vertreter Nordamerikas, Südamerikas, Afrikas, Asiens und Australiens. Zuletzt verlas der Weltkraftkonferenz-Vorsitzende des Internationalen Hauptauschusses der Weltkraftkonferenz, Dr. Tiffot, ein Telegramm an den Reichspräsidenten.

In dem die Konferenz dem Reichspräsidenten und dem deutschen Volke für den überwältigenden Empfang Dank ausspricht. In der Botschaft des Reichspräsidenten erblickte die Konferenz nicht nur den Beweis des Reichspräsidenten für die hohen Ziele der Konferenz, sondern sie sah darin auch einen Appell und einen erneuten Appell, alle ihre Kraft zum Wohle der Menschheit einzusetzen.

Dawes soll Chicago retten.

Am 17. Juni mit 10.000 Verbrechen in Sicht.

General Dawes, der mit seinem berühmten „Plan“ die Welt retten und aus allen Finanznöten befreien wollte, will jetzt seine Rettungsmittel wesentlich einschränken, aber was er vorher, ist beinahe noch bedenklicher als der „Plan“: er soll nämlich die Stadt Chicago von den rund 10.000 Verbrechen, die es dort geben soll, erlösen.

Dawes ist jetzt Vereinigter Staaten-Botschafter in London, aber er will zuerst in New York, und es heißt, daß er seinen Sonderposten aufgeben werde, um in Chicago, in dem das Verbrechen die Herrschaft an sich gerissen hat, die Diktatur einzuführen. Mit drastischen Maßnahmen will man gegen die Verbrecher vorgehen, und von Dawes erwartet man, daß er das richtig machen werde.

Major Pabst aus Oesterreich ausgewiesen.

Wegen „unzulässiger Betätigung als Ausländer“.

Der Leiter und Hauptorganisator der österreichischen Heimwehr, Major a. D. Waldemar Pabst, wurde von der österreichischen Regierung ausgewiesen. Die Ausweisung wurde ihm auf der Wiener Polizeidirektion verweigert. Pabst wollte sich hierauf entziehen. Es wurde ihm aber bedeutet, daß er die Polizeidirektion nicht verlassen dürfe. Er wurde in das Polizeigefängnis in der Hansgasse gebracht und dort interniert. Es wurde ihm, wie es bei politischen Gefangenen üblich ist, freigestellt, die Grenze zu wählen, aber die er gebracht werden soll. Als Grund für die Ausweisung wird von amtlicher Stelle angegeben, daß sich Pabst in einer für einen Ausländer unzulässigen Weise in Oesterreich betätigt und in die innere Politik des Landes eingemischt habe.

Pabst lebte seit dem Kampfbuch im Jahre 1920, an dem er aktiv beteiligt war, in Oesterreich. Seinen hängigen Wohnort hatte er in Innsbruck.

In allen politischen Kreisen hat die Nachricht von dem Vorgehen gegen Major Pabst ungeheures Aufsehen und in Heimwehrkreisen höchste Erregung hervorgerufen. Eine Umbenennung der Heimwehren begab sich zu Bundeskanzler Schöberl, der erklärte, daß es sich um eine Anisandlung der Polizeidirektion handle, mit der er sich nicht befassen werde. Er werde sich jedoch durch den zuständigen Referenten Bericht erlassen lassen.

Der ausgewiesene Heimwehrführer.

Die tirolerische Landesregierung protestiert.

Die Abreise des ausgewiesenen Majors a. D. Pabst nach Venedig vollzog sich in aller Stille. Nur einige persönliche Bekannte des Heimwehrführers hatten sich zum Abschied eingefunden. Pabst wurde von Polizeibeamten in einem Automobils nach dem Flughafen Albert gebracht, wo ihn eine Kattin erwartete. Er befleg mit ihr und zwei Wiener Polizeibeamten das Flugzeug.

Die tirolerische Landesregierung in Innsbruck gab ein offizielles Kommuniqué heraus, in dem sie ihrem Verstand über die Bestimmung und Ausweisung des Majors Pabst Ausdruck gibt. Die Landesregierung sieht hierin einen Überfall auf eine Bewegung, der ein Großteil der Bevölkerung anhängt. Sie beauftragt ihre Vertreter, bei der Bundesregierung nach dieser Maßnahme, die die Ruhe im Lande gefährde, inoffizielle Stellung zu nehmen. Ein Wiener Monatsblatt hatte behauptet, der christlich-sozialen Vizekanzler und Seeresminister Valera habe von dem Vorgehen der Polizei gegen Major Pabst vorher nicht Kenntnis gehabt. Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist diese Behauptung unzutreffend.

Pabst nach Italien geflohen.

Seine Verurteilung wurde abgewiesen.

Nachdem die Berufung des Majors a. D. Pabst gegen seine Ausweisung zum Landeshaupmann von Wien abgelehnt worden war, ist Pabst, der gebeten hatte, möglichst bald nach Italien abreisen zu dürfen, in Besetzung seiner Frau mit dem Flugzeug nach Venedig abgereist.

Senator Klotz 4.

Ein Mitberater des Reichspräsidenten.

Der französische Senator Klotz ist plötzlich gestorben. Er stand im Alter von 62 Jahren. Klotz war zuletzt Finanzminister im Kabinett Clemenceau. Ende 1928 verurteilte ihn das Gericht wegen Betrügereien im Zusammenhang mit der Danau-Wägerei zu zwei Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung eines Jahres wurde er auf freien Fuß gesetzt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Polen weicht aus.

Zu der neuen politischen Grenzskizze bei Kanißken (Kreis Marienwerder), wo ein bewohnter Grenzort gegen zwei deutsche Frauen läßt vorging, haben die bisherigen Feststellungen ergeben, daß es sich um einen Übergriff des polnischen Grenzjohannes handelt. Der zuständige preussische Landrat hatte dem politischen Staatsrat eine gemeinsame Untersuchung an Ort und Stelle vorgezogen. Der Staatsrat hat dies jedoch abgelehnt. Der Landrat, der dann selbst nach Kanißken fuhr, trat dort eine polnische Untersuchungskommission, die jedoch den abermaligen Vorschlag einer gemeinsamen Aufklärung ablehnte.

Ein Aufmärsch der alten Marine.

Am 17. Juni vor dreißig Jahren hat das Kanonenboot „Jütis“ das Geschütz bei Taku während des Boxeraufstandes steifgeblieben. Dieses Geschütz war die erste Feuerartillerie der alten kaiserlichen Marine. Zum Gedenken der dreißigjährigen Wiederkehr dieses Tages veranlaßte sich die alte „Jütis“-Kameraden unter Führung des damaligen Kommandanten, jetzt Admirals a. D. von Zans in Berlin zu einer schlichten Feier.

Nach langem, unsäglich schwerem, aber mit größter Geduld ertragenem Leiden ist unsere innigstgeliebte Mutter
Frau Piarrer

Sophie Brunner

geb. Passavant
 im Alter von 73 Jahren heute sanft entschlafen.

In tiefem Schmerz

Berta Brunner
Heinrich Brunner, Pfarrer
Hanna Brunner
Josepha Brunner, Lehrerin
Lieselotte Brunner, geb. Sittig
 Annaburg, den 16. Juni 1930.
 Die Beerdigung findet Donnerstag 3 Uhr statt.

Wiesenverpachtung Oberförsterei Annaburg

verpachtet am Donnerstag, den 19. Juni, vorm. 10 Uhr im Waldschloßchen zu Annaburg öffentlich meistbietend die diesjährige Nutzung der Wiesen in der Försterei **Arens**, Jag. 1, 23-25, 44, 61 und 80. Försterei **Annaburg**, Jag. 95, 151 und 153.

Zwangsvorsteigerung.

Am Donnerstag, den 19. d. Mts., vormittags von 10 Uhr ab versteigere ich im Gasthofs „zum goldenen Ring“ in Annaburg

1 Nähmaschine, 1 Bertiko, 1 Spiegelschrank, 1 Credenz, 1 Schrankgrammophon
 öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Gallo, Obergerichtssozialjäger in Bretlin.

Heimarbeiterinnen

stellt ein **Gebr. Winkler** (neben der Gasanstalt).

M. G. V.
 Morgen, Mittwoch
 8 1/2 Uhr unbedingt
 alle Sängler zur
 Singstunde.

Königs Kursbuch

für Mitteldeutschland
 zu haben bei
Herm. Steinbeiß,
 Buchhandlung.

Apfelsinen

frisch eingetroffen
J. G. Fritzsche.

Neue Kartoffeln

neue saure Gurken
 feinste Matjes-Heringe
 empfiehlt
Franz März,
 Markt 19.

Simbeersaft Orangeaden Zitronenmoft

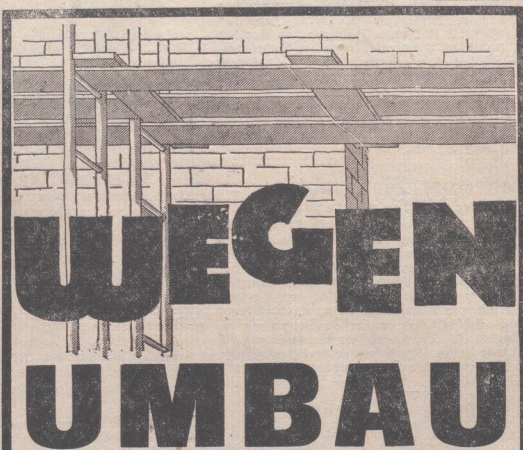
empfeht
J. G. Fritzsche.

Fliegenfänger

empfeht
Herm. Steinbeiß.

ff. neue saure Gurken

empfeht
J. G. Fritzsche.



wird die moderne, neueste Tagesware aus den Abteilungen:

Herrn- und Knaben-Konfektion	Damen- und Mädchen-Konfektion	Gardinen Teppiche Linoleum II. Wahl
Berufs-Kleidung	Unterkleidung Strickwaren	Aussteuer-Artikel

bis zur Fertigstellung des ersten Bauabschnitts zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft.

E. G. Holzhausen

Seit 120 Jahren Qualitätsware!
 Wittenberg Collegienstraße 90.



Spottbillige Schlafverkäufe!

Nur noch bis Donnerstag Abend 7 Uhr dauern die **Niesenmassen-Verkäufe** von

Emaillwaren in Annaburg

auf dem Gutshof Annaburg. **Alles spottbillig!**

Alles zum Ausfuchen! Kein Kaufzwang!
 Bis zum Schlaf neue Sendungen!
 Unwiderruflich Schlaf Donnerstag Abend 7 Uhr!
Friedr. von Salzen-Bremen.

NB. Um das große Lager vollständig zu räumen, werden sämtliche Waren zu spottbilligen Preisen verkauft.



Billiges Angebot!

Unschlagbar sind unsere Preise
 Fabelhaft unsere Auswahl!

Eleg. Damen-Mäntel
 mit und ohne Pelzlinie, nur auf Seide gearbeitet

Eleg. Damen-Kleider
 entlich, Modelle, in Crepe, Seide, Pelz, Kunststoffe und Wolllinien

Herrn-Anzüge
 in Anodern, Verarbeitung, Stoffe und dreifache Formen

Anaben-Anzüge
Herrn-Gummi-Mäntel
 und **Windjaden**

Damen-Kleiderstoffe
 in großer Auswahl



Ernst Peschke Ackerstr. 16

Sie schlafen besser mit einer

Steppdecke!

Steppdecken

Ueberschlag-Laken mit Kissen

Bett-Bezüge

Bettlaken mit und ohne Hohlsaum

empfeht

Carl Quehl.

Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,

als: eif. Eggen, Schwung- und Karren-Pflüge, einzelne Räder, Antivatoren, Reinigungs-Maschinen, Grassmähenmaschinen, Dreschmaschinen, Sämaschinen, Mähre, Transmissionsen. Ersatzteile und Reparaturen aller Fabrikate.

Wilhelm Grahl.

Empfehle mein großes Lager in:

Kieferne Hobeldielen bisher qm 3.00 jetzt **2.75** RM.

Kieferne Schalbretter bisher qm 1.00 jetzt **0.90** RM.

Kieferne Schalbretter, kurze bisher qm 0.90 jetzt **0.80** RM.

sowie alle sonstigen Bau- und Nutzholzer u. Baustoffe **billigst.**

Wilh. Kunze.

Sensen
 Sensenbäume
 Senseurige
 Wehsteine

Sicheln
 Klopshämmer
 und Ambosse
 Holz- und eiserne
 Rechen, Heu- und
 Erntegabeln
 sowie Holzstiele für
 Gabeln und Hacken
 empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Brief-Ordner
Schnellhefter
 in Quart- und Folioformat
 empfiehlt
H. Steinbeiß.

3 1/2 Mrg. Wiese
 verpachtet

Kegel, Adertstraße 5.

Haferstreu
 verkauft **Heinlein.**

Stalldünger

kauft jederzeit zu hohen Preisen; zahlen z. B. pro Fuhre 10.— M.

Baumstühle Raundorf.
 Telefon Annaburg 251

Alle Farben
 Trocken-, Öl-, Wasserfarben
 sowie: Bad- u. Leinwand-
 färben, flüssigen und
 trocknen Sichelstein-
 Dornst. Fußboden-
 farbe in Bläulen. Alle
 Farben werden
 von Fachmänn. Hand
 zurecht gemacht.

Franz März
 Markt 19.

Trink-Tabletten,
 unentbehrlich im Haus-
 halt, für Touristen und
 Sportsleute.
 Stets fertig. In ein Glas
 Wasser auflösen.

J. G. Fritzsche.

Apricoten-
Konfitüren 70 Pfg.
Blauennuss
 50 Pfg., empfiehlt
Franz März, Markt 19.

Frachtbriefe
 empfiehlt die Buchdruckerei

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Hermann von Wissmann.

Zum 25. Todestage.

Am 15. Juni 1905 starb in Weihenbach bei Regensburg der berühmte Afrika-reisende Hermann von Wissmann. Im Jahre 1880 war er im Dienste der Deutschen Afrikanischen Gesellschaft nach Ostafrika gegangen und von dort nach Ostindien aufgebracht. Im Juni 1882 erreichte er den Tanganjikassee und ein paar Monate später die Ostküste. Nach seiner Heimkehr wurde er zum König Leopold von Belgien zu einer Fortsetzung seiner in das fidele Kongoboden genommen. Sie verlief überaus erfolgreich und führte zu wichtigen Entdeckungen. Als Wissmann dann im Begriff war, die Leitung einer Expedition zum Entzug von Emin Pascha zu übernehmen, wurde er im Jahre 1888 von der Reichsregierung unter Ernennung zum Reichskommissar berufen, den Araberaufstand in Deutsch-Ostafrika zu bewältigen. Er warf den Aufstand völlig nieder und ließ den Arabern die Rückkehr gestatten.

Wissmann, der inzwischen gedankt worden war, kehrte dann noch mehrere Male nach Afrika zurück und wurde im Mai 1895 zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ernannt. Er zog sich jedoch bald ins Privatleben zurück und lebte fortran auf seinem Gute in Steiermark. In Lauterberg im Sarz, wo seine Mutter lebte, wurde, Deutschlands größtem Afrikaner, wie man ihn genannt hat, ein Denkmal errichtet.

Das Trauergesolge für Baligand.

Die Beisetzung in München.

Wie das Reichswehrministerium bekannt gibt, wird der strenger „Königsberg“ am Sonnabend mit den sterblichen Überresten des Gefolgsmannes von Baligand in Gurgahen eintreffen. Bei der Vorbereitungsarbeiten des Trauergesolges tritt der Reichswehrminister in die Reihen der Teilnehmer an der Überführungsfestlichkeiten in Gurgahen Ministerialdirektor Dr. Köpfe und Legationsrat Wagenmann teil. Ein Trauergesolge, bestehend aus den Offizieren des strenger und des Standort Gurgahen und einer Abordnung der Beilage des strenger, wird den Sarg zum Bahnhoff geleitet. Bei dem Begräbnis, das in München stattfinden wird, wird der Chef der Marineleitung durch Vizeminister Brügger vertreten werden.

Verlangsamter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

In weicher verlangsamt Tempo hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland fortgesetzt, wobei die Abnahme des Gesamtbestandes an Arbeitslosen in der Hauptsache auf Arbeitsaufnahmen in den freiberuflichen Tätigkeiten ist, denen aber nicht unbedeutende Zunahmen an Arbeitslosen aus den übrigen industriellen Berufsgruppen gegenüberstehen. Kennzeichnend für die außerordentlich schlechten Arbeitsmarktverhältnisse in diesem Jahre ist es, daß das Zwangsversteigerungsgesetz der Güter und Grundbesitz und die Hofabgabe, die im Vorjahr von Februar bis Ende Mai 1929 205 Arbeitskräfte aufnahm, im laufenden Jahre in der gleichen Zeit nur 38 427 Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt zog. Auch die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft ist besonders zurückgegangen. Zur Veranschaulichung Ende Mai 1928 1835 Personen, 1929 3733 und 1930 6321 Arbeitslose auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Hier beginnt sich neben den in diesem Jahre für die Entlastung des Arbeitsmarktes wenig günstigen Witterungsverhältnissen auch die zunehmende Verarmung von Bad- und anderen landwirtschaftlichen Maschinen als Ersatz für menschliche Arbeitskraft auszuwirken. Ingesamt waren in Mitteldeutschland Ende Mai noch 244 887 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern zur Verfügung. Nach den Erhebungen der letzten beiden Jahre ist bis zur Gründung des jährlichen Minimums der Arbeitslosigkeit von Ende Mai ab nur noch mit einem Abgang von etwa 20 000 Arbeitslosen zu rechnen, so daß voraussichtlich die Zahl der Arbeitslosen in Mitteldeutschland kaum unter 220 000 sinken wird, wenn nicht noch in letzterster Frist eine durchgreifende Beseitigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse eintritt. In der Provinz Ostpreußen sind bis in Mitteldeutschland zur Zeit fast nur der Braunkohlenbergbau.

Folgen schweres Automobilunglück.

Ein außerordentlich schweres Automobilunglück ereignete sich, wie aus Kassel berichtet wird, am Samstag.

Das Münchener Pionierbataillon passierte mit mehreren Personwagen, einer großen Anzahl von Motorrädern und 25 bis 30 Lastautos mit Anhängern die Straße von Gemelberg nach Bredelagen. Infolge Verlangens einer Bremskurve fuhr das erste Lastauto in einer unübersehbaren Kurve mit großer Geschwindigkeit auf eine kleine Brücke und stieß dort gegen eine Mauer, wobei es sich quer über die Brücke legte. Ihm folgten mehrere Lastautos, die den ersten Wagen ramten und mit größter Wucht über die Brückenkante hinweg in eine Tiefe von vier bis fünf Metern stürzten. Im ganzen sind vier Lastautos des Juges, die die Kurve zu passieren hatten, auf die Brücke gestürzt. Nach Berichten von Augenzeugen sind acht schwer- und zehn leichtverletzte festgesetzt worden.

Das Unglück in der Darstellung des Reichswehrministeriums.

Das Reichswehrministerium verbreitet über das Automobilunglück folgende, von den Privatmeldeungen stark abweichende Darstellung: Am 12. Juni abends sind bei einem Übungsmarsch des VI. Pionierbataillons Wägen in der Gegend von Hammerode-Winden Fahrzeuge mit Freidrehgerät beim Bergabfahren ins Gleiten gekommen. Mehrere Wagen stießen hierbei zusammen und fielen über die Straßenschwelle. Ein Pionier erlitt eine Brustquetschung, ein anderer eine Plethysmunde. Außerdem wurden sieben Pioniere leicht verletzt. Sie sind aber schon wieder dienstfähig. Der Unfall ist wahrscheinlich auf das Verlangen der Bremsvorrichtung der Wagen zurückzuführen. Ein Sachverständiger des Reichswehrministeriums ist zur Untersuchung an den Ort des Unfalls entsandt worden. Bei den beiden schwer Verletzten besteht keinerlei Lebensgefahr.

Schweres Unglück in einer Ziegelei.

Drei Feuerwehreinheiten getötet, zwei schwer verletzt.

Infolge Kohlenstaubentzündung brach in der Dampfzettel-Anstalt bei Emdelburg ein Großfeuer aus, dem der gesamte Gebäudekomplex zum Opfer fiel. Bei den Vorfällen wurden 9 Feuerwehreinheiten unter den einrückenden Massen verunglückt. Drei von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden, zwei wurden schwer verletzt unter den Steinmassen hervorgezogen.



Haben Sie soviel Zeit?

Scheinbar ja, sonst würden Sie sich ein Konto bei der Girokasse zulegen - da bargellos zahlen!

Girokasse der Gemeindeparkasse Annaburg

Zwischenfall im Eiserwenzonprozess.

Das ständige Amt der Volkswirtschaftslehre beschäftigt. Im Verlauf des Eiserwenzonprozesses gelangte ein Schreiben des zur Berufungsverhandlung nicht mehr erschienenen Angeklagten Karumidse zur Verlesung, in dem er erklärt, er werde freiwillig nicht mehr vor Gericht erscheinen. Karumidse begründet seinen Entschluß mit einigen Fällen, aus denen ersichtlich werden soll, daß die Verhandlung von seinen einzigen Befürwortern, vor allem vom Auswärtigen Amt, mehr im Sinne der volkswirtschaftlichen Interessen betrachtet worden sei.

Riefenbrügereien in Breslau.

16 Personen verhaftet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden in Breslau 16 Personen als die Verfasser einer vielköpfigen Petition, durch die zahlreiche Firmen um Waren und Geldbeträge gepörrt worden sind, verhaftet. In vielen Fällen gingen die Täter auf folgende Weise vor: Auf eine Petitionsanzeige hin meldete sich einer der Verfasser als Provisionsvertreter und nahm dann von anderen, mit ihm im Einvernehmen handelnden Personen Bestellungen entgegen. Die Provision wurde manchmal mit den Bestellungen geteilt; die auf Bestellung gelieferten Waren wurden, soweit sie nicht mit Nachnahmen belastet waren, angenommen und in Verkaufshäusern versteigert. Unterdessen verweigerten die Besteller die Abnahme. In Zivil- und Straßprozessen, die gegen Mitglieder der Bande aus solchen Geschäften anhängig gemacht wurden, traten dann andere Helfer auf als Zeugen auf und ließen sich Zeugniskosten zahlen, obwohl sie als Empfänger von Provisionen oder Verkaufshilfsleistungen, keinen Anspruch auf eine Verurteilung erhoben hatten. Runder ist in über 100 Fällen Anklage erhoben worden.

Die Mordtat eines Eiferfüchtigen.

Der Sandarbeiter Otto Meier, der bei dem Sandwitzer Mord in Samswegen beschäftigt ist, klopfte nachts gegen 2 Uhr an das Fenster seines Dienstlozes und deutete ihm schwer rühelnd und aus einer Halswunde blutend, an, daß er in seiner Wohnkammer seine Verlobte, die Sandarbeiterin Frieda Seelmann, ermordet habe. Als Meier sich in die Kammer des Meier begab, fand er dort in der Tat die Frau des Meier blutend auf dem Boden liegend tot vor. Er benachrichtigte sofort Amtsdirektor und Sandwitzer, deren Untersuchung ergab, daß Meier, der seit Verlobung mit der Ermordeten verlobt ist und sich stets als sehr eiferfüchtig erwiesen hat, am Mittwoch Abend noch mit seiner Frau zum Baden gegangen war und das junge Mädchen veranlaßt hatte, mit ihm zum Hause seines Arbeitgebers zu gehen. Vorabendverlesungen, die es vorher zwischen dem Paare gegeben hatte, schienen abgeschlossen zu sein, so daß noch unklar bleibt, wie es zu der Mordtat gekommen ist. Die Leiche der Ermordeten weist Schwunden unterhalb des Kehlkopfes auf, die ihr mit einem Dolche beigebracht sind. Meier selbst hat nach der Tat versucht, sich ebenfalls durch einen Stich in den Hals zu töten, wurde aber nur schwer verletzt und liegt zurzeit nicht-bernehmungsfähig, aber ohne Lebensgefahr im strafenhaus Wollmirstedt.

In Risch explodierten vier Hüllmaschinen. Bei dem. Im Wartezimmer dritter Klasse des Bahnhofs von Risch explodierte eine im Ofen verfeuerte Bombe. Der Reichsbeschaumer Nantowitsch wurde dabei, zwei Soldaten wurden schwer verletzt, eine Granatmaschine in der Nähe der Feuerung zerstört. Zwei Granaten blieben explodiert in der Nähe der Schienen der Eisenbahnlinie Risch-Pirrot, 900 Meter weit vom Bahnhof entfernt, eine zweite Hüllmaschine in dem Augenblick, da der von Pirrot kommende Schnellzug vorbeifuhr. In unmittelbarer Nähe davon erbebtet man eine dritte, unterhalb des Bahnhofs schwere Hüllmaschine, die bald darauf gleichfalls explodierte. Endlich explodierte am 13. Juni irisch eine vierte, unter einem Sandhaufen an der Straße nach Selsowais verfeuerte Bombe.

Jochen Krügers Traum

URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERL. OSKAR MEISTER WERDAU SA

(5. Fortsetzung.)

„Nein, nein! Du bist still und folglos. Es kann dir niemand etwas vorwerfen.“
„Der Vater tut es trotzdem. Wenn wir uns sehen, zankt er. Seine Worte sind spitz und tun weh, glaub mir das, Tante — Am Tage der Arbeit, des Nachts der Wiederhall dieser Worte — ich komme ja nicht zur Ruhe.“
„Eben deshalb will ich mit ihm reden.“
„Tu es nicht, Tante. Es ist zwecklos. Nach dir wird er feind werden, wenn du mir beigegeben suchst. Laß es! Einmal wird es schon ein Ende haben.“
„Wie meinst du das, Kind?“
„Es lächelte ihr fittles, wehes Lächeln. „Wir leben nicht ewig. Ich zumal.“
„Du bist jung, erst zweiundzwanzig!“
„Es werden jüngere als ich bin.“
„Wer spricht denn vom Sterben?“
„Kennst du das Lied vom Kuckuck und der Schöpferin?“
„Nein! Was ist es mit diesem Lied?“
„Auf der Schöpferin Frage, wie lange sie lebe, sprach der Kuckuck immerzu. Auf meine Frage rief er einmüt und fuß davon. Das war im Frühling dieses Jahres. Und heute haben wir Weihnachten.“
„Das ist ja Unsinn, Martha. Das ist Aberglaube. Krasser Aberglaube!“
Martha hob die Schultern. „Wenn auch! Man hat Beispiele! — Uebrigens, war es nicht gut so?“
„Es war das größte Unglück für uns alle.“
„Und doch war es der einzige Weg aus dem Dilemma.“
„Kind, wozu hast du dich verurteilt!“
„Vater verlangt, daß ich Jochen vergesse. Er verlangt etwas, was ich nicht kann und wenn ich es könnte — nicht dürfte.“

„Das verstehe ich nicht — nicht dürfte! Wie das?“
„Hat Jochen nicht sein Glück aufgegeben für mich, weil er mich lieb hatte, weil er nicht untreu werden wollte? Und da soll ich? Ich war ja nicht wert, daß mich die Sonne beschien.“
Kathrein wollte erwidern. Sie schwieg.
Auf dem Flur wurden Stimmen laut.
Die Frauen hörten Anstich reden, der zu jemand sagte: „Zein gemacht! Bist ein tüchtiger Kerl. Da — nimm! Und trink' auf meine Gesundheit! Dreimal! Verstanden? Dreimal auf meine Gesundheit trinken!“
„Jawohl, Herr! Dreimal auf Ihre Gesundheit! — Und Dank auch!“ Es war der Futterträger Anselm, der diese Worte sprach.
Kathrein drängte Martha nach der Kammer.
„Geh, Martha! Laß mich allein mit ihm. Jetzt will ich ihm ins Gemissen reden.“
„Laß es, Tante, mir ist nicht zu helfen.“
„Geh' nur, geh! Wir werden ja sehen.“
Martha ging.
Raum konnte Kathrein Atem holen, da trat Berthold Anstich ins Zimmer.
Anstich war ein guter Sedgiger, groß von Gestalt, ein Riese, aber hager, mit einem wie aus Stein gemischelten Schädel und großen grauen Augen, die misstrauisch und lachend blickten. Sein Gesicht war grauweiß, das eines Schwindsüchtigen.
Anstich fragte eine tote Eule am Flügel. Er sah Kathrein nicht, hielt Selbstgespräche, vielmehr sprach zu der Eule.
„Hab' ich dich, vorlautes Biest? Nun wirst du ehrliche Leute schlafen lassen. Wolltest mich in das Grab freisprechen, halt dir dein eigen Totenbild geungen.“
Kathrein räusperte sich. Er fuhr herum.
Kathrein grüßte: „Guten Tag, Berthold.“ Er sagte: „Ah, bist du auch da? Tag, Tag.“
„Was hast du denn da?“ fragte Kathrein.
„Mein Wehnachtsgeheimnis“, antwortete er. „Heut ist ja wohl Christabend? — Schönes Geheimnis ein Teufelsgesell — Zwei Nächte hat dich der Teufel mit seinem Kopf gefressen. Als ob es nicht andere Dächer gäbe! Gleich nebenan, da wo die Kastanie steht, hätte das Biest auch Platz ge-“

habt. Zum Weiger der Sängler! Da leßt es sich natürlich nicht bin. Zu mir kommt das Biest — Heut' wollt es wiederkommen. Zum dritten Male und ausgerechnet in der Christnacht! Der Anselm aber hat ihm den Spaß verlesen.“
„Totenvögel mahnen zur Einkehr.“
„Quatsch! Ans Sterben erinnern sie. Will aber nicht daran erinnern werden!“ Er ging zum Fenster, das auf den Hof führte, sah den Nacht unter diesen und rief ihm zu: „He du, Anselm! — Aufgepaßt! — Da“, er warf die Eule hinaus, „nagte den Propfsten aus Hofort. Da mag er schreien so viel er will.“
Er lief am Fenster stehen, nahm kleinerer Notiz von seiner Schwägerin. Dieser schwindsüchtige Riese schien mit seiner Person den ganzen Raum zu erfüllen. Es war bebrückend in seiner Gegenwart.
Kathrein mußte all ihren Mut zusammennehmen, um nicht mahnemüdig zu werden. Fort schüchtern klang ihre Frage: „Hast du ein paar Minuten Zeit für mich?“
Der Kopf hand, wo er stand. „Was willst du?“ fragte er, ohne sich umzudrehen.
„Ich muß über Martha mit dir reden.“
„Redel!“
„Siehst du nicht, daß sich das Mädchen in Gram verzehrt?“
Er fuhr herum. „Verzehrt? Ich kann das Wort nicht aussprechen.“
„Ich wollte sagen, daß sie zusehends weniger wird. Es wäre doch entsehrlich, wenn sie an ihrem Leid zugrunde ging.“
Mit beifender Ironie antwortete er: „So? Wär das so entsehrlich? Das hat das Püppchen von ihrem Trost. Hätte das Glück nicht ausschlagen sollen, sich nicht an diesen Weiler hängen!“
Kathrein kämpfte mutig ihren aussichtslosen Kampf.
„Verflüchtige dich nicht, Berthold. Gott kann dir dein Kind nehmen.“
„Kann er! — Meinst du, ich frähe deshalb zu Kreuz, weil das Grünelein blaß wird und ihre Augen hoch? Warum werden sie das? Bin ich daran schuld? Leidet sie hunger oder Durst oder sonstigen Mangel? Dafür hätte ich zu sorgen. Eine andere Ursache kümmert mich nicht.“ (Fortf. folgt.)

Fährungslid in Rumänien. — 10 Personen ertrunken.

Bukarest. Bei Tripu im Seilist ist bei der ...

Nah und Fern

Großfeuer in Altschiffen. Auf dem Gelände der ...

Unfall eines Verkehrsflugzeuges. Das Verkehrsflugzeug der ...

Selbst. Ohne Unfall. Das dreißigjährige ...

Hohn. Mordversuch an der Geliebten. Der ...

Mereburg. Beim Kirchenaufstellen überfahren. ...

Sangerhausen. Unstet auf den Mauer der Geliebten. ...

Mansfeld. Eigenartiger Unfall. Bei der ...

Voderode (Elbe). Opfer der Elbe. Drei junge ...

Niederladswerben. Das Ende einer Schwärze. ...

Jochen Krügers Traum

DORF ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERL. OSKAR MEISTER WERDUA SA

(6. Fortsetzung.)

„Dann denke an dich, wenn du nicht an sie denken willst.“

„Was sie ist? Kränkeln! — Gesund bin ich! War nie so gesund ...“

„Kathrein, die ihren Bruder kannte und ihm dies Unerhörte ...“

„Schimm genug, daß ich nichts mitnehmen kann, taufendmal ...“

„Ein Tagelied ist der, den du meinst, nun mal nicht.“

„Sieh an! Das ist er nicht?“

„Nein, Berthold, ganz und gar nicht. Er ist ein Mensch, ...“

„Der Alte lachte beifühn auf. „Dohne mein Kind! — Sehr ...“

Nordhausen. Herzschlag beim Baden. Im Röhseee ...

Verkehrs Schwere Verfehlungen eines Direktors. ...

Bitterfeld. Verhaftung von Schaufenherdieben. ...

Goslar. Die letzte Schicht. In dem zur Preußag ...

Den Chemann erschossen. In einem Chemnitzer ...

Wie Kinder verbrannt. In Stantz bei Kauben ...

Familiendrama. Der Kaufmann Eugen Hagg in ...

Eigenartiger Unfall während der Eisenbahnfahrt. ...

Feuergefahr mit einem Würde. Der Mörder des ...

Zwei englische Militärflugzeuge in der Luft ...

„Zum Donnerwetter!“ schreit Anshüh ihr die Worte ab. ...

„Du redest dich um die Seligkeit, Berthold!“

„Unfug! Ich red' nur nicht wie ihr, so seidenweich und ...“

„Und wenn es köstlich gewesen ist, dann ist es Mühe und ...“

Anshüh stand in Gedanken. Nur einen Augenblick! ...

„Du tust deinen alternächsten Verwandten Unrecht, ...“

„Sieh an! Auch das noch! — Du vergißt aber, daß ihr ...“

„Aber das Schicksal wird doch an deinem Herzen rütteln. ...“

„Berthold Anshüh in die Knie zwänge! — Mich auf den ...“

„Noch als Kathrein über den Hof ging, hörte sie ihn lächeln ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. — Leider teine ich das ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. ...“

Bunte Tageschronik

Berlin. In Kneußlin erlitten bei einem Zusammenstoß ...

Stassfurt. Der Berliner Arzt Dr. Kalenscher, der sich mit ...

Duisburg. In der Seetalstraße bei Bad ...

Aus dem Gerichtssaal

Verurteilung eines Landwirts wegen Aufreißung ...

Gerichtliches Nachspiel zu einer Typhusepidemie. ...

Table with 2 columns: * Berliner Schlachttiermarkt (Amtlicher Bericht) Besatz ...

mir zumutet, einen Schmeiegelohn zu nehmen, der nichts ist ...

„Das eben ist dein großer, großer Irrtum! Jochen wird dir ...“

Donnerd schlug der Alte mit der Faust auf den Tisch. ...

„Aber das Schicksal wird doch an deinem Herzen rütteln. ...“

„Berthold Anshüh in die Knie zwänge! — Mich auf den ...“

„Noch als Kathrein über den Hof ging, hörte sie ihn lächeln ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. ...“

„Dohn, mein Kind! — Sehr schmeichelhaft für den Vater. ...“

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Beisitzer, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vorkauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Vierzehntel Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprechanruf Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einloch. Umhängezettel, Schwertiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 72.

Dienstag, den 17. Juni 1930.

33. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Weiskraufonferenz ist mit einer Ansprache des Reichstanzlers eröffnet worden. Reichspräsident von Hindenburg sandte an die Konferenz eine Botschaft.
* Der Reichstag ist am Montag wieder zu einer Volltagung zusammengetreten. In dieser Session des Reichstages sollen vor allem der Etat 1930 und die neuen Steuernetze verabschiedet werden.
* Der deutsche Ausfuhrüberschuss betrug im Mai 265,5 Millionen Mark gegen 87,3 Millionen Mark im April.

Einheitsstaat oder Föderalismus?

Wiederzusammentritt der Reichsvertretung.

Berlin, 16. Juni.

Der Reichstag nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf. Von den zu erwartenden förmlichen Sitzungen wertete man allerdings in dieser ersten Sitzung nach den Pünktlichkeiten noch nichts. Der Saal war zu Beginn der Sitzung gänzlich leer und auch im Verlaufe blieb der Besuch außerordentlich spärlich. Eigentlich hätte zuerst der Etat des Reichsarbeitsministeriums in zweiter Lesung weiterberaten werden sollen. Man beschloß jedoch, diesen Etat vorläufig zurückzustellen. Der Grund dazu liegt in der Tatsache, daß man erst den Verlauf der Verhandlungen hinter den Kulissen und in den Ausschüssen über das Arbeitslosenproblem abwarten will. Man begann deshalb mit dem Etat des Reichsministeriums des Innern, den der Reichsinnenminister vor Beginn der eigentlichen Erörterungen nicht ohne mit einer Erklärung über die schon oben erwähnten unpopulären Fragen einleitete, sondern mit einem Überblick über die Todesfälle bei den Säuglingen in Lübeck durch Anwendung des Calmetteschen Tuberkulosemittels. Was der Minister vorbrachte, war nichts Neues. Das einzige Interessante war das Einzelanbot, daß doch bei den Lübecker Ärzten, die das Verfahren anwandten, einige grobe Unterlassungsfehler vorgekommen sein müssen.

Dann begann Abg. Söllmann den Reigen der eigentlichen Dispositionen, der sehr ausführlich und sehr temperamentsvoll sich auch mit dem Konflikt zwischen dem Reichsinnenminister und dem thüringischen Innenminister Friedrich beschäftigt. Auch der demotionale Abg. Spahn beschäftigte sich mit der thüringischen Angelegenheit, die er jedoch von der anderen Seite aus betrachtete. Söllmann für ein noch schärferes Durchgreifen der Reichsregierung eintraten war, war vom demotionalen Abgeordneten der Minister schon viel zu weit gegangen und er warf ihm vor, daß er die Schlußpolitik seines Vorgängers nur fortgesetzt habe.

Sitzungsbericht

176. Sitzung. Berlin, 16. Juni.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Inhalts des Reichsinnenministeriums. Vor Eintritt in die Beratung gab Reichsinnenminister Dr. Wirth zu den

Ausführlichen Kindererkrankungen eine Erklärung ab, in der er den betroffenen Familien das tiefste Mitleid der Reichsregierung aussprach. Bedauerlich sei es, daß die Zahl der Todesopfer sich inzwischen auf 39 erhöht habe. Ein abschließendes Urteil über die ganze Angelegenheit habe sich bisher noch nicht bilden lassen. Es handele sich nach wie vor darum, festzustellen, inwieweit in Übereinstimmung mit der Vorbereitung und Durchführung der Tuberkulosebehandlung beruhte Stellen irrtümlich, unwechselfähig oder fehlerhaft vorgegangen wären. Diese Feststellung könne nur der Staat über sich ausprechen. Bis zur Entscheidung dieser Untersuchungen müsse auch das Reich von weiteren Schritten absehen. Man rechne damit, daß noch Wochen vergehen werden, bis die rein wissenschaftlich zu führenden Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt nach endgültiger Feststellung der Lübecker Vorfälle zu weit geschoben sind, daß man vom Reich aus Schritte unternehmen könne. Sobald die endgültigen Ergebnisse vorliegen, werde sich das Reichsgesundheitsamt einander mit der ganzen Angelegenheit befassen. Davon hängt es dann ab, welche praktischen Schutzmaßnahmen von Seiten der Reichsregierung zu ergreifen sein werden. Der Minister wies dann darauf hin, daß er sämtlichen Länderregierungen empfohlen habe, von der Anwendung des Calmette-Verfahrens bis zur völligen Klärung ganz abzulassen.

Abg. Söllmann (Soz.) beschwänzte zunächst den Verein für das Deutschtum im Ausland zu seinem Jubiläum. Er wandte sich dann gegen die vom Ausschuss angenommene Entschlossenheit gegen den Ausfuhrüberschuss. Die Sozialdemokratie lehne eine Kulturdiplomatie der christlich-orthodoxen Welt ebenso ab wie die von den Kommunisten erforderte atheistische Diktatur. Für eine Abschaffung des Verhältnismäßigkeitsprinzips werde es die notwendige Mehrheit im Reichstag nicht geben. Eine Verringerung der Ausfuhrüberschüsse lehne die Sozialdemokratie ab. Als dringlich bezeichnete der Redner die Reichsreform. In diesen Zusammenhang erwähnte er auch den Konflikt des Reiches mit Thüringen. Wir müssen uns frei machen von dem politischen Erbschaftsvertrag von rechts und links.

Abg. Dr. Spahn (Dm.) kritisierte das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung und gegen den weidlichen Stahlhelm. Minister Wirth legte die Schlußnote

politik seines Vorgängers fort. Die dringende notwendige Lösung der Verfassungsfrage werde weder vom Minister noch vom Reichstag in richtiger Weise angepackt. Vom Bund zur Erneuerung des Reiches werde ebenfalls ein brauchbarer Lösungsvorschlag gemacht wie von der Länderkonferenz.

Das föderalistische Prinzip müsse aufrechterhalten bleiben. Mit diesem Prinzip sei aber das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung nicht vereinbar. Die Staatsregierung, so fährt der Redner fort, in der der Innenminister die deutsche Jugend erziehen will, ist die Regierung der liberal-demokratischen Republik. Darum komme er zur Verewaltung der nationalen Regierung Andersdenker. Wir seien trotz mancher Gegenseite auf anderem Wege einig mit den Nationalsozialisten in der Ablehnung dieser Regierungsauffassung.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erwiderte, ihm liege nichts ferner, als mit schärfsten Maßnahmen der Opposition entgegenzutreten. Das gelte auch für das Stahlhelmsverbot im Westen.

Er habe dabei nur die Besprechungen fortgeführt, die schon von dem früheren Reichstanzler Müller und dem preussischen Ministerpräsidenten eingeleitet worden waren. Der preussische Ministerpräsident habe sich zum Empfang der Führer des Stahlhelms bereit erklärt. Die Sperren seien aber noch nicht zu ihm gekommen.

Die Behandlung der Schulgeheimnisse durch die thüringische Regierung habe auch in Kreisen der evangelischen Theologen viel Widerspruch gefunden. Auch der verlorene Gelehrte von Sarnack habe sich dagegen gewandt. Es gehe gegen Sinn und Geist der Verfassung und des deutschen Volkstums, daß Gebete anempfohlen werden, die geeignet seien, Gruppen von Volksgenossen zu verleiten. Auch im Zentrum gebe es nur eine einstimmige Verurteilung der thüringischen Schulgeheimnisse.

Das Kabinett für Moldenhauers Programm.

Das Ergebnis der Kabinettsitzung.

Amlich wird über die Kabinettsitzung vom Freitag mitgeteilt. Bei Beginn der Sitzung sprach Reichstanzler Brüning dem anwesenden Reichsbanpräsidenten Dr. Luth er den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Mitarbeit an der Vorbereitung der Reichsregierung für die schwierige Aufgabe der Reichsregierung.

Die Verhandlungen über die Finanzangelegenheiten sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Verhandlungen über die Finanzangelegenheiten sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Verhandlungen über die Finanzangelegenheiten sind in den nächsten Tagen zu erwarten.

Zu dem Programm der Reichsregierung, welche die Erziehung der Jugend in der Hand der Eltern zu lassen, die Reichsregierung, welche die Erziehung der Jugend in der Hand der Eltern zu lassen, die Reichsregierung, welche die Erziehung der Jugend in der Hand der Eltern zu lassen.

Wichtig ist die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten.

Das Reichskabinett verabschiedete unter diesen Gesichtspunkten ein Gesetz zur Erzielung von Erparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden. In diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die die Mißverhältnisse in den Personalverhältnissen der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Kabinett beschäftigte sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungskostenreduktion und Erparnisse getroffen hat. Auf seinen Vorschlag sollen diese gesetzgeberischen Maßnahmen in einem größeren Umfang in den Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses von der Länderkonferenz festgelegt werden soll. Das Kabinett kam in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen Plan und in gemeinschaftlicher Arbeit eine

durchgreifende Erparnis- und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann. Das Kabinett beschloß, die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten und für die Dauer des Etatsjahres von der Besetzung freierwerden Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Verwaltung zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gemeinsamen Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 Prozent der den Reichsministern zu repräsentativen Zwecken zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten. Diese vorgesehenen, umfassenden Reformen können aber ausreichende Erparnisse nur auf lange Sicht bringen.

Die Reichsregierung hält fest an der Notwendigkeit der fortwährenden Erzielung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung. Das Kabinett ist sich schuldig geworden, dem Reichstag Aufträge im Reichstag im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Erparnisse können nach Lage der Dinge nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalstellen, vorübergegangen wird. Für diese Erparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als die vom Reichskabinett beschlossene Reichsliste für Selbstbediente. Auch die in geordneter Selbststellung befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden. Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Aufschlag zur Entlohnung, würden dem Gedanken des Arbeitsabbaus entgegen, ebenso der Milderung der Arbeitslosigkeit. Die Reichsregierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält.

Finanzfragen in Preußen.

Preussischer Landtag.

169. Sitzung. Berlin, 15. Juni.

Der Preussische Landtag trat am Montag zu seiner ersten Sitzung nach der Pünktigkeit zusammen. Bei der ersten Beratung des

preussischen Finanzausgleichsgesetzes behauptete Abg. Szilart (Soz.), daß es noch immer nicht gelungen sei, den Preußen schädigenden § 35 des Finanzausgleichsgesetzes zu ändern.

Abg. Heiden (Dm.) wies auf die starke Abhängigkeit der preussischen Finanzen für Selbstbediente. Auch die in geordneter Selbststellung einer starken Krise. Das Vorwort lehnte der Redner ab, weil es nur eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung betrafte.

Abg. Köhler (Ztr.) leitete tröstende Betrachtungen über die Finanzpolitik ab. Seit heute es auf den Wiederanbau an. Bezüglich der Deckungsvorlagen der Reichsregierung sollte man, anstatt unfruchtbar Kritik zu üben, ernsthafte Verbesserungsvorschläge machen. Man dürfe nicht vergessen, daß mit den Deckungsvorlagen das S-Programm und die

Sätze für die Landwirtschaft ermöglicht werden sollen. Der Redner behauptete, es daß der endgültige Finanzausgleich immer noch nicht möglich sei.

Abg. Schwent (Komm.) erklärte, die Vorlage werde zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der Beteiligten führen.

Abg. von Cramer (D. Lp.) erklärte, die Vorlage auf dem Lande

sei so groß, daß man dort vielfach nicht wisse, wie man das Schulden aufrechterhalten soll. Der Ausgleich, den die Regierung bezüglich der Schulden vorzulegen, sei nur ein Scheinwerk. Die Volkspartei lehne den Entwurf kritisch gegenüber, wenn sie auch im Ausschuss mitarbeiten wird. Abg. Zall (Dm.) erklärte, die Verhältnisse im Reich seien schau, wenn man in Preußen nicht zu einem betrübenden Finanzausgleich komme, nicht die Regierung und die Regierungsparteien.